

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

136. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 27. Oktober 2011

Inhalt:

Wahl des Abgeordneten Michael Hartmann als stellvertretendes Mitglied im Gemeinsamen Ausschuss	16071 A	– zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Dörmann, Lars Klingbeil, Garrelt Duin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: Netzneutralität im Internet gewährleisten – Diskriminierungsfreiheit, Transparenzverpflichtungen und Sicherung von Mindestqualitäten gesetzlich regeln
Wahl des Abgeordneten Frank Schwabe als stellvertretendes Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates . . .	16071 B	– zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Dörmann, Garrelt Duin, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: Schnelles Internet für alle – Flächendeckende Breitband-Grundversorgung sicherstellen und Impulse für eine dynamische Entwicklung setzen
Wahl des Abgeordneten Sören Bartol als ordentliches Mitglied des Eisenbahninfrastrukturbeirates	16071 B	– zu dem Antrag der Abgeordneten Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Telekommunikationsmarkt verbraucher-gerecht regulieren
Wahl der Frau Jutta Frasch als stellvertretendes Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“	16071 B	– zu dem Antrag der Abgeordneten Halina Wawzyniak, Jan Korte, Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Netzneutralität sichern
Wahl des Abgeordneten Florian Pronold als ordentliches Mitglied im Stiftungsrat der „Stiftung Berliner Schloss – Humboldt-Forum“	16071 C	– zu dem Antrag der Abgeordneten Johanna Voß, Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Universal-dienst für Breitband-Internetanschlüsse jetzt
Erweiterung und Abwicklung der Tagesordnung	16071 C	– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Tabea Rößner, Kerstin Andreae, weiterer Ab-
Tagesordnungspunkt 5:		
a) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen (Drucksachen 17/5707, 17/7521)	16072 B	
b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie		
– zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Dörmann, Waltraud Wolff, Garrelt Duin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: Verbraucherschutz in der Telekommunikation umfassend stärken		

- Zweite Beratung und Schlussabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 19. Oktober 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Antigua und Barbuda über den Informationsaustausch in Steuersachen** (Drucksachen 17/7146, 17/7441) 16123 B

i) – o)

- Beratung der Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses: **Sammelübersichten 324, 325, 326, 327, 328, 329 und 330 zu Petitionen** (Drucksachen 17/7361, 17/7362, 17/7363, 17/7364, 17/7365, 17/7366, 17/7367) 16123 D

Zusatztagesordnungspunkt 5:

- Aktuelle Stunde** auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP: **Demokratischer Sozialismus und soziale Marktwirtschaft im Grundsatzprogramm der LINKEN** 16124 C
- Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU) 16124 C
- Klaus Barthel (SPD) 16126 A
- Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP) 16127 A
- Stefan Liebich (DIE LINKE) 16128 D
- Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 16130 A
- Ulrich Lange (CDU/CSU) 16131 D
- Heinz-Peter Hausteil (FDP) 16133 A
- Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) 16134 D
- Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU) 16136 A

Tagesordnungspunkt 8:

- a) – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz – BKiSchG)** (Drucksachen 17/6256, 17/7522) 16137 D
- Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (Drucksache 17/7523) 16138 A
- b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Antrag der Abgeordneten Marlene Rupperecht (Tuchenbach), Petra Crone, Iris Gleicke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: **Kinderschutz wirksam verbessern: Präven-**

tion im Kinderschutz optimieren – Förderung und Frühe Hilfen für Eltern und Kinder stärken

- (Drucksachen 17/498, 17/7522) 16138 A
- Dr. Kristina Schröder, Bundesministerin
BMFSFJ 16138 B
- Marlene Rupperecht (Tuchenbach) (SPD) . . . 16139 D
- Miriam Gruß (FDP) 16141 B
- Diana Golze (DIE LINKE) 16142 A
- Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 16143 C
- Dorothee Bär (CDU/CSU) 16145 B
- Caren Marks (SPD) 16146 D
- Sibylle Laurischk (FDP) 16148 A
- Michaela Noll (CDU/CSU) 16149 A

Tagesordnungspunkt 9:

- Antrag der Abgeordneten Karin Roth (Esslingen), Dr. Sascha Raabe, Lothar Binding (Heidelberg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: **Soziale Sicherung als Motor solidarischer und nachhaltiger Entwicklungspolitik** (Drucksache 17/7358) 16150 D
- Karin Roth (Esslingen) (SPD) 16151 A
- Sabine Weiss (Wesel I) (CDU/CSU) 16152 D
- Niema Movassat (DIE LINKE) 16154 B
- Helga Daub (FDP) 16155 D
- Uwe Kekeritz (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 16156 D
- Jürgen Klimke (CDU/CSU) 16157 D
- Stefan Rebmann (SPD) 16159 A
- Joachim Günther (Plauen) (FDP) 16160 B
- Florian Hahn (CDU/CSU) 16161 B

Tagesordnungspunkt 10:

- a) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen** (Drucksachen 17/5712, 17/7511) 16162 C
- b) Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Christine Scheel, Ingrid Hönlinger, Fritz Kuhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Insolvenzrechtsreform unverzüglich vorlegen – Außergerichtliche**

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 325 ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 36 k:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 326 zu Petitionen

– Drucksache 17/7363 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 326 ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Tagesordnungspunkt 36 l:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 327 zu Petitionen

– Drucksache 17/7364 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 327 ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 36 m:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

- (B) **Sammelübersicht 328 zu Petitionen**

– Drucksache 17/7365 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 328 ist gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

Tagesordnungspunkt 36 n:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 329 zu Petitionen

– Drucksache 17/7366 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 329 ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Tagesordnungspunkt 36 o:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 330 zu Petitionen

– Drucksache 17/7367 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 330 ist mit den Stimmen der Unionsfraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen des Hauses angenommen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnungspunkte ohne Debatte. Ich bedanke mich recht herzlich für die gute Zusammenarbeit. (C)

Ich rufe den Zusatzpunkt 5 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Demokratischer Sozialismus und soziale Marktwirtschaft im Grundsatzprogramm der LINKEN

(Beifall bei der LINKEN)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dr. Joachim Pfeiffer für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zu einem aus meiner Sicht in der Tat unglaublichen und erschreckenden Tagesordnungspunkt.

(Lachen und Beifall bei der LINKEN)

Dass Sie, meine Damen und Herren von der Linken, 21 Jahre nach der deutschen Einheit in Ihrem Grundsatzprogramm – dazu haben Sie gerade auch noch applaudiert – einen Systemwechsel fordern, weg vom erfolgreichsten System, das es auf der Welt zur Schaffung von Wohlstand, sozialem Ausgleich und Fortschritt gibt, hin zu einem demokratischen Sozialismus (D)

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das sieht man jetzt, wie erfolgreich das ist!)

– applaudieren Sie nur, damit die Menschen sehen, wofür Sie sind –, der nicht nur in der Sache bewiesen hat, dass er das schlechtere Gesellschaftsmodell ist, weil er nichts zustande gebracht hat,

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Absolut gar nicht! – Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

sondern in dessen Namen und Abarten auch Massenvernichtung von Menschen betrieben wurde – von der DDR über die Sowjetunion bis nach China –, ist unvorstellbar.

(Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das glauben Sie doch selber nicht! – Zuruf von der LINKEN: Dafür sind Sie noch zu jung!)

Durch einen demokratischen Sozialismus wollen Sie das erfolgreichste System ersetzen, die soziale Marktwirtschaft,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Soziale Marktwirtschaft bei der Deutschen Bank! Ackermann!)

Dr. Joachim Pfeiffer

- (A) deren Ordnungsprinzip der Wettbewerb ist und die es über den Wettbewerb auf dem Gütermarkt, dem Arbeitsmarkt und dem Finanzmarkt schafft, Effizienzpotenziale zu heben und diese dem Verbraucher und dem Bürger zugutekommen zu lassen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Bravo! – Weitere Zurufe von der LINKEN: Lieber sozial als marktradikal! – Nicht aus dem Konzept bringen lassen! – Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben noch immer das Wort und im Übrigen die Verstärkung des Mikrofons.

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Die brauche ich nicht. Ich lasse die ausschreien. Dann versuche ich, meine Argumente weiter vorzutragen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Perpetuum mobile von vorhin!)

Sie wollen die soziale Marktwirtschaft, die es über Wettbewerb schafft, einen Ausgleich herbeizuführen, und zwar besser, als es in der DDR der Fall war – dort musste man 20 Jahre auf ein Auto warten, während es bei uns verschiedene Autos gab und jeder Kühlschränke und viele andere Dinge mehr hatte –, durch einen demokratischen Sozialismus ersetzen. Das ist wirklich abenteuerlich.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie wollen einen Systemwechsel auch in Bereichen, in denen es natürliche Monopole gibt. Wir haben heute Morgen über die Telekommunikation gesprochen. Während man in der DDR in der Regel 20 Jahre auf einen Telefonanschluss warten musste und zehn Menschen ein Telefon nutzen mussten,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Die Deutsche Bank ist kein Monopol?)

haben wir über den Wettbewerb die nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt beste Breitbandversorgung in Deutschland organisieren können.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Die Deutsche Bank! Die Rüstungskonzerne!)

Wir haben dort, wo der Wettbewerb nicht funktionierte, entweder über die Kartellämter und das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung oder bei einem natürlichen Monopol über Regulierung dafür gesorgt,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Weltmeister der Logik!)

dass der Wettbewerb wieder funktioniert.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Stromkonzerne!)

Dass der Wettbewerb zum Beispiel auf dem Finanzmarkt oder im Energiebereich nicht optimal funktioniert, liegt nicht daran, dass es dort zu viel Wettbewerb gibt, son-

- dern daran, dass es dort zu wenig Wettbewerb und zu wenig soziale Marktwirtschaft gibt. Deshalb brauchen wir mehr soziale Marktwirtschaft und nicht weniger. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN)

Die soziale Marktwirtschaft sorgt für einen Ausgleich, indem sie durch die Hebung der Effizienzpotenziale dem Bürger Vorteile in Form von niedrigeren Preisen und Effizienzgewinnen bringt. Darin war sie in den letzten 60 Jahren sehr erfolgreich.

(Beifall des Abg. Dr. Volker Wissing [FDP] – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das steht alles im Programm drin!)

Was stellen Sie ihr gegenüber? Planwirtschaft, Dirigismus, Enteignung und Unfreiheit. Leider kann man in fünf Minuten nicht den ganzen Scheiß, den Sie da beschlossen haben, auch nur in Ansätzen hier vortragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Rüge!)

Aber Sie schreiben tatsächlich in Ihrem Programm, zu den Erfahrungen der Menschen im Osten Deutschlands gehörten die Beseitigung der Erwerbslosigkeit, die Eigenständigkeit der Frauen und weitgehende Überwindung von Armut,

(Beifall bei der LINKEN)

und die Verstaatlichung der Großindustrie und der Banken hätte die wirtschaftliche Tätigkeit auf das Gemeinwohl und den Schutz der Beschäftigten vor Ausbeutung ausgerichtet. Die Einheit sehen Sie als bloßen Beitritt und einen für viele Menschen schmerzlichen sozialen Absturz. (D)

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Genau so ist es!)

Das ist Verleumdungstaktik. Sie gießen Hohn über diejenigen, die in diesem Land fleißig arbeiten und Steuern zahlen, Hohn über alle Mauertoten und Hohn über Abertausende von Familien, die am real existierenden Sozialismus zugrunde gegangen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der LINKEN: Ackermann!)

Zwangsadoptionen, Folter, Todesstrafe – das war Ihr System, und das wollen Sie wieder einführen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Lesen Sie mal nach!)

Nicht mit uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich nehme erst einmal zur Kenntnis, dass die Antragsteller einer Fraktion hier im Hause offensichtlich eine große Freude gemacht haben. Trotz alledem bitte ich die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion Die Linke, wenn sie von ihrem Recht auf Zwischenrufe, die die Debatte

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) beleben, Gebrauch machen, zu gewährleisten, dass wir auch den Redner verstehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie, Kollege Pfeiffer, bitte ich, Ihre Rede im Nachhinein auf einen unparlamentarischen Ausdruck zu überprüfen, den ich hiermit einfach zurückweise, ohne ihn zu wiederholen.

(Beifall bei der LINKEN – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Wenn es doch stimmt!)

Nun hat der Kollege Klaus Barthel für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Klaus Barthel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erste Bemerkung: Die Partei Die Linke hat in den letzten Wochen und Monaten einschließlich ihrer Grundsatzprogrammdebatte massiv dazu beigetragen, den Begriff „demokratischer Sozialismus“ in Misskredit zu bringen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Klaus!)

Sie erleichtert damit – das haben wir gerade gehört – all denjenigen das Geschäft, die die bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnisse unter Hinweis auf die angebliche Alternativlosigkeit auf Ewigkeit festschreiben wollen.

- (B) Zweitens. Die Sozialdemokratie wird es nicht zulassen, dass Begriff und Inhalt des demokratischen Sozialismus diskreditiert werden,

(Zuruf von der LINKEN: Das hat Olaf Scholz schon gemacht!)

sei es durch falsche Inanspruchnahme, sei es durch den durchschaubaren Versuch von Konservativen und Liberalen, Feindbilder aufzubauen oder wiederzubeleben.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das vorhin war die Pflicht, jetzt kommt die Kür!)

Wir werden unsere Tradition, unsere Wertorientierung und unsere Ziele nicht verleugnen. Im Gegenteil: In Zeiten wie diesen sind sozialdemokratische Grundwerte, Orientierung und Handeln mehr gefragt denn je.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das sehen auch wir so!)

Drittens. Der Regierungskoalition und den sie tragenden Parteien fehlt jede Legitimation, die soziale Marktwirtschaft für sich zu reklamieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das belegt nicht zuletzt ihr Umgang mit der internationalen Finanzkrise. Die Politik dieser Koalition hat weder etwas mit Markt noch mit Wirtschaft im positiven Sinn und erst recht nichts mit „sozial“ zu tun.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Viertens. Bei immer mehr Menschen wachsen die Distanz und die Kritik gegenüber dem jetzigen wirtschaftlichen und politischen System. (C)

(Zurufe von der LINKEN: Genau! Richtig!)

Tiefgreifende Veränderungen sind in der Tat notwendig, um mehr Gerechtigkeit herzustellen,

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

für gute Arbeit und Nachhaltigkeit zu sorgen, um Krisen wirksam zu bekämpfen und mehr Demokratie durchzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die SPD-Bundestagsfraktion ist deswegen jederzeit und gerne bereit, über die langen Linien der künftig notwendigen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu diskutieren.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Auch mit Steinbrück!)

Aber darum geht es Union und FDP heute nicht; vielmehr haben die Koalitionsfraktionen vor, mit einem oberflächlichen Schlagabtausch à la Pfeiffer

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

vom Scheitern der eigenen Regierungspolitik und vom Scheitern der ihr zugrunde liegenden Ideologien abzulenken.

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Wir haben keine Ideologien! Aber das ist interessant, dass die SPD auch den demokratischen Sozialismus will!) (D)

Dafür bieten Sie heute hier sage und schreibe sechs Redner auf.

Wir sehen das in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages für Aktuelle Stunden vorgesehene Kriterium – ich zitiere – „von allgemeinem aktuellem Interesse“ als nicht gegeben an.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Doch! Doch!)

Deswegen verzichtet die SPD-Bundestagsfraktion auf die restliche ihr zur Verfügung stehende Redezeit im Rahmen dieser Aktuellen Stunde.

(Oliver Luksic [FDP]: Da fällt Ihnen wenig ein!)

Wir hoffen, dass diese Zeit später genutzt werden kann, um die Themen hier früher und ausführlicher behandeln zu können, die die Menschen wirklich bewegen und uns in der Sache vorwärtsbringen. Wenn Sie auf die Tagesordnung schauen: Davon gibt es genug.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Kurth.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Jetzt aber mit einem Wort: Stasi! „Stasi“ muss jetzt kommen! – Gegenruf des Abg. Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Der sitzt da drüben, der Stasi! Die Hälfte wahrscheinlich!)

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die mutmaßlich schwerste Krise Europas seit dem Kriegsende, dramatische Situationen, wir müssen Handlungsfähigkeit beweisen, Euro und Europakrise – da steht auch der Bundestag vor immensen Herausforderungen. Und was macht die Linke? Sie geht unverdrossen ihren sozialistischen Gang.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Genau! Weder Ochs noch Esel halten den Sozialismus auf in seinem Lauf!)

Sie stellt ein Programm auf, völlig unabhängig von den Realitäten. Mit 97 Prozent bei einigen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen wurde die Revolution so beschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich will gar nicht darauf eingehen, was für Blümchenthemen behandelt wurden. Übrigens hat es auch mich geärgert, dass nur die Drogen und solche Dinge eine Rolle spielten und nicht die Einzelheiten des Programms. Darüber müssen wir nun einmal reden. Wer sich dieses Programm durchliest,

(B)

(Jens Koeppen [CDU/CSU]: Wer macht denn so was?)

muss sich fragen, ob Sie immer noch der leninistischen Revolutionstheorie folgen oder vielleicht doch ein Weltuntergangsverein sind.

Ich finde es übrigens sehr bezeichnend, dass allein das Auffinden Ihres Programms im Internet oder sonst wo außerordentlich schwierig ist; es gab es so nicht. Ich habe versucht, es zu finden. Ich habe dann Fragmente gefunden. Ich dachte: Mensch, mit Beschluss des Parteitages tritt das Ganze „nach meiner Kenntnis ... ist das sofort ... unverzüglich“.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, es findet sich nichts im Netz.

(Abgeordnete der LINKEN halten Hefte in die Höhe)

– Ich hätte schon gerne gewusst, was in dem leeren Umschlag ist, den Sie die ganze Zeit hochhalten. Es ist eine Hülle, mehr nicht.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wir lassen Ihnen ein Programm zukommen!)

Ich gebe Ihnen einen Tipp: Tun Sie es herunter, in die unterste Schublade. Behalten Sie es dort. Dort und nirgendwo anders gehört es hin.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Gleich in der Präambel schreiben Sie: „Wo vor allem der Profit regiert, bleibt wenig Raum für Demokratie.“

(Beifall bei der LINKEN)

– Applaus. – Das heißt ja im Umkehrschluss: Wo es den wenigsten Profit gibt, gibt es den meisten Raum für Demokratie.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Haben Sie je lohnabhängig gearbeitet?)

Wo gibt es denn den wenigsten Profit auf dieser Welt? Ich denke da an Nordkorea. Ich denke da an Kuba.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Und mit vielen Grüßen an Fidel! – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Und an China!)

Glauben Sie ernsthaft, da gibt es den meisten Profit, weil es da am wenigsten Demokratie gibt? Oder gibt es dort am meisten Demokratie, weil es den wenigsten Profit gibt? Unglaublich, was Sie uns hier auftischen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

An anderer Stelle schreiben Sie:

Doch erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals und aus patriarchalen Verhältnissen verwirklicht die sozialistische Perspektive der Freiheit und Gleichheit für alle Menschen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: 2 Prozent!)

Dies haben insbesondere Marx, Engels und Luxemburg gezeigt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich frage: Was haben Marx, Engels und Luxemburg gezeigt?

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Jedenfalls nicht die Partei für die Besserverdienenden!)

In der Praxis überhaupt nichts; sie haben den Praxistest nicht bestanden. Der Kollege Marx konnte noch nicht einmal seine eigene Familie durchbringen, weil er sein ganzes Geld durchgebracht hat.

(Lachen bei der LINKEN)

Er hat auf Kosten von Herrn Engels gelebt, der wiederum Oligarch war, seine Leute ausgepresst hat und die Zeit dafür verwendete, *Das Kapital* und Ähnliches zu schreiben.

(Zurufe von der LINKEN)

Dieses Märchen mit Frau Luxemburg gehört sowieso aufgeräumt. Frau Luxemburg gehört zu den Ersten, die gegen die neue, junge Demokratie gepuscht haben, und das muss unsere Gegenwehr finden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(C)**(D)**

Patrick Kurth (Kyffhäuser)

- (A) Ich nenne Ihnen noch ein Beispiel für die Geschichtsverklärung, die Sie hier vornehmen. Sie schreiben in Ihrem Grundsatzprogramm doch allen Ernstes über die Bundesrepublik Deutschland, dass dort die antifaschistischen Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer unter Repressionen wie erneuten Verhaftungen und Berufsverboten litten.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Sagen Sie einmal: Wo leben Sie denn? Das kann doch wohl nicht wahr sein!

Weiterhin sagen Sie zur Bundesrepublik:

Doch gleichzeitig bestanden autoritäre und obrigkeitstaatliche Strukturen fort.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Im Gegensatz dazu beschreiben Sie die Deutsche Demokratische Republik folgendermaßen: „Im Osten Deutschlands prägte der Sozialismusversuch die Lebensgeschichte der Menschen ...“, „Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung“, „friedliebendes und antifaschistisches Deutschland“, „Beseitigung von Erwerbslosigkeit“.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Das war die DDR? Das können Sie doch nicht ernsthaft behaupten! Schauen Sie in die Geschichtsbücher! Fragen Sie Ihre PDS-Genossen!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU –
Widerspruch bei der LINKEN)

(B)

Ihr Programm ist reaktionär, geschichtsverklärend, re-vanchistisch, relativistisch

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Revanchistisch? Vollständig zitieren!)

– Sie arbeiten selektiv; das ist das richtige Stichwort –,

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Was Sie gerade gemacht haben mit Ihren Zitaten, das war selektiv! – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: 2 Prozent!)

etatistisch und – das beweist uns auch heute hier diese Bundestagsfraktion – außerordentlich hysterisch.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie sind im Weiten Extremisten.

Eine rechte Partei würden Sie bei spiegelverkehrter inhaltlicher Fokussierung dem Dampfhammer Ihrer gesamten Sturmtruppen aussetzen.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Hass und Gewalt würden Sie ihr unterstellen.

(Zurufe von der LINKEN: Pfui!)

Sie werden Ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht, aber auch nicht in geringster Weise.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nach dem, was ich hier aufgezählt habe und was ich lesen konnte, hat Ihr Programm in etwa den gleichen Fortschrittsgeist wie die heilige Inquisition. (C)

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Da ist sie wieder, die Inquisition!)

Nicht einen Schritt nach vorn! Da ist nichts Aufklärerisches – nichts, aber auch in keiner Weise –, was auf den modernen Staat wirken würde.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Ihr Programm ist ein Konvolut aus Thesen von 1870 und 1970; mehr nicht, überhaupt nicht mehr. Sie arbeiten in Ihrem Programm ständig mit radikalem Weltuntergangsvokabular: Massenerwerbslosigkeit, Unterdrückung – das kommt 14-mal vor –, das Wirtschaftssystem führe zu Verelendung, bedrohe die Zivilisation usw. usf.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Von Armut haben Sie noch nichts gehört?)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wer diese Gesellschaftsordnung so mit Füßen tritt, der wird den parlamentarischen Widerstand der FDP

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Nicht mehr lange!)

als freiheitliche und liberale Bastion gegen alles engbrüstige, gegen alles reaktionäre und antiaufklärerische Denken in diesem Hause erfahren. Dafür stehen wir.

Herzlichen Dank.

(D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke spricht nun der Kollege Stefan Liebich.

(Beifall bei der LINKEN)

Stefan Liebich (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Linke kämpft für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung,

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Für eine andere?)

die die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung der demokratischen, sozialen und ökologischen Rahmensetzung und Kontrolle unterordnet.

(Beifall bei der LINKEN – Tankred Schipanski [CDU/CSU]: FDJ-Rede, oder?)

So steht es in der Präambel unseres am vergangenen Wochenende in Erfurt beschlossenen Programms, und ich muss Ihnen sagen, mit Blick auf die aktuelle Begrenztheit politischen Einflusses in der Wirtschafts- und Euro-Krise: Wo Sie wie das Kaninchen auf die Schlange starren, wenn es um die Macht der Banken und Finanzmärkte geht, wünsche ich mir nichts mehr als eine genau so organisierte Wirtschaftsordnung.

Stefan Liebich

(A) (Beifall bei der LINKEN)

Die Tagesordnungen und Zeitpläne nicht nur unseres Parlaments, sondern vieler Parlamente und Regierungen – das durften wir gerade gestern und heute Nacht wieder erleben – werden von Öffnungszeiten und Wünschen der Börsen bestimmt. Wir streiten monatelang um lächerliche Erhöhungen des Arbeitslosengeldes, und dann werden in Windeseile Milliardensummen durch Bundesrat und Bundestag gepeitscht, um die sogenannten Märkte zu beruhigen. Das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Pfeiffer, lieber Herr Kurth, hat mit der sozialen Marktwirtschaft, vor die Sie sich hier schützend werfen wollten, nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn ich mir Ihre Politik ansehe, die spätestens seit dem Schröder/Blair-Papier von 1999, als sich die SPD auf einen dritten Weg aufgemacht hat, um die neue Mitte zu suchen – da, lieber Klaus Barthel, ist der demokratische Sozialismus diskreditiert worden –, zur rot-grünen Politik der Steuersenkung für Besserverdienende, zu Deregulierung da, wo Regulierung nötig war, führte, die mit der Agenda 2010 radikale Einschnitte in die Sozialsysteme durchsetzte und die von der Großen Koalition und der sogenannten christlich-liberalen Regierung fortgesetzt wurde, weiß ich genau, warum unser Land die Linke braucht.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Um Gottes willen!)

(B) Wenn ich auf Dumpinglöhne und prekäre Beschäftigung schaue, also auf die Zunahme von Jobs, von deren Bezahlung man nicht leben kann, und andererseits auf die Verweigerung der Einführung gesetzlicher Mindestlöhne bei Rot-Grün, bei Schwarz-Rot und nun bei Gelb-Schwarz, dann unterstreiche ich dreimal den Satz aus unserem Programm:

Die ungebändigte Freiheit der großen Konzerne bedeutet Unfreiheit für die Mehrheit der Menschen.

Dann bin ich stolz darauf, dass es eine Kraft in der Parteienlandschaft unseres Landes gibt, die einen anderen gesellschaftlichen Entwurf vorlegt und damit vielen Menschen in unserem Lande Mut macht. Es muss nicht immer so weitergehen. Es gibt Alternativen.

Wir verfolgen

– ich zitiere aus unserem Programm –

ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben

(Zuruf von der CDU/CSU: Das hat in der DDR hervorragend funktioniert!)

und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können.

(Beifall bei der LINKEN)

Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, wir wollen den demokratischen Sozialismus, und wir stehen dazu, auch wenn schlichte Gemüter aus dem Süden unseres Landes sofort nach dem Verfassungsschutz rufen. Es gibt keinen Artikel im Grundgesetz, der den Kapitalismus für unser Land festschreibt. Hingegen ist in Art. 20 festgelegt, dass unser Land demokratisch und sozial sein soll. Dass es dabei Defizite gibt, das ist gerade in diesen Wochen zu spüren. „Occupy Wall Street“ heißt übersetzt in linke Parteisprache:

Ein funktionierender Finanzsektor ist ein öffentliches Gut, seine Bereitstellung ist daher eine öffentliche Aufgabe.

Das finden wir wirklich richtig.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun malen Sie zu Recht die Schreckgespenster untergegangener Staaten an die Wand. Dabei würde ein flüchtiger Blick in unser Programm ausreichen, um festzustellen, dass der demokratische Sozialismus, den wir anstreben, mit den volkseigenen Betrieben der DDR nun wirklich nichts zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Da endet ihr doch wieder!)

Das haben wir in unserem Programm sogar ganz klar zum Ausdruck gebracht: (D)

Allumfassendes Staatseigentum ist aufgrund bitterer historischer Erfahrungen nicht unser Ziel.

So steht es in unserem Programm. Das hätten Sie einfach nur nachlesen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es stimmt aber schon, dass wir die Marktmacht großer Konzerne regulieren wollen. Das wollen Sie aber nicht. Deswegen bekommen wir von den großen Konzernen auch keine Spenden. Wir sind die einzige nicht Allianz-gesponserte Partei im Bundestag. Darauf sind wir stolz. Deswegen wiederholen wir das auch so oft.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, wir sind mit unserer Kritik an den bestehenden Verhältnissen an der Seite jener, über die Bertolt Brecht Folgendes formulierte – und das steht auch im Einstieg unseres Programms –:

Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon,
Wer baute es so viele Male auf?

Wir wissen, wer es war.

(Zuruf von der FDP: Lenin war es!)

Stefan Liebich

- (A) „Freiheit. Würde. Solidarität.“ Das ist unser Programm, und darauf sind wir stolz. Ich bedanke mich bei der CDU/CSU-Fraktion und bei der FDP-Fraktion, dass wir dies dem Parlament und der Öffentlichkeit vorstellen konnten.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Kerstin Andreae für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Liebich, irgendwie tun Sie mir leid, dass Sie jetzt hier diesen Müll verteidigen müssen, obwohl Sie sich als einer der wenigen auf diesem Programmparteitag dagegengestellt haben.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Stimmt gar nicht! Ich habe zugestimmt!)

– Das mag vielleicht Strategie sein. – Sie haben jetzt versucht, uns dieses Programm anhand einzelner Punkte nahezubringen. Dabei haben Sie natürlich immer das weggelassen, was zu großer Kritik führt.

Wenn in einem Programm von Freiheit durch Gleichheit gesprochen wird, dann wird dem Begriff „Freiheit“ damit sein eigener Wert genommen. Dem werden wir uns immer entgegenstellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Nein! Selbst in den Freiburger Thesen der FDP war das drin! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

(B)

Ehrlich gesagt, die Inszenierung, die Sie hier machen, dieser Bierzeltcharakter, den Sie zur Verteidigung Ihres Programmes hier hineinbringen, ist wirklich unmöglich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Sie führen allerdings eine Retrodebatte. Ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen sind nicht von heute, sondern aus dem 19. Jahrhundert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir leben in einer globalisierten Welt. Wir sind keine Insel. Unsere Wirtschaft ist enorm exportabhängig. Diese Exportabhängigkeit ist ohne Zweifel ein Problem.

(Zurufe von der LINKEN)

Derzeit hängen aber viele Arbeitsplätze an dieser Exportwirtschaft.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Damit habt ihr die Deregulierung begründet!)

Sie schlagen uns jetzt jedoch wirtschaftspolitische Konzepte vor, für die wir eine abgeschottete Box brauchen. Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Eure Hedgefonds! – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sie sollten einmal nachlesen! – Gegenruf des Abg. Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hören Sie doch einmal auf, zu brüllen! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

(C)

– Darf ich bitte reden? Das ist ja furchtbar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es gibt mittlerweile einen breiten Konsens im Mitte-Links-Lager, dass wir eine Vermögensbesteuerung brauchen. Ein Vorschlag aber, der auf eine Vermögensteuer von 5 Prozent hinausläuft, die jährlich zu entrichten ist, ist weder wirtschaftspolitisch sinnvoll noch in irgendeiner Form relevant.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

– Klatschen Sie wenigstens dafür, dass er wirtschaftspolitisch nicht sinnvoll ist. – Sie melken eine Kuh auf einer Weide, die keinen Zaun hat. Das müssen Sie endlich einmal verstehen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Wer ist hier die Kuh? – Weitere Zurufe von der LINKEN)

(D)

Man könnte jetzt folgende Überlegung anstellen: Angesichts einer Finanzmarktkrise, einer Bankenkrise, einer Staatsschuldenkrise könnte es ja sein, dass die Menschen sagen: Ja, die Linke macht das richtige politische Angebot.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

– Das könnte sein, so ist es aber nicht; da können Sie tausendmal klatschen. Sie präsentieren ein psychologisches Programm, das nach innen gerichtet ist; es ist aber kein Programm, von dem die Menschen meinen könnten, es würde ihnen irgendwie nützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der LINKEN)

Denn die Menschen wollen ernstgenommen werden. Sie wollen Vorschläge hören, die ihnen eine echte Perspektive zu wichtigen Fragen geben. Sie wollen wissen: Wie kommen wir aus dieser Misere heraus?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Welche Angebote und Vorschläge gibt es im politischen Raum, die umgesetzt werden können? Wie müssen zielgerichtete Lösungen aussehen, die umsetzbar sind? – Solange eine Partei sagt: „Wir wollen ja gar nicht regieren“, ist sie doch gar nicht in der Pflicht, hier die Machbarkeit darzustellen.

Kerstin Andreae

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Sagen wir doch gar nicht! – Weiterer Zuruf von der LINKEN: Ihr wollt nicht! Deshalb haben wir die CDU in Berlin in der Landesregierung!)

Von daher, das Ganze ist doch sowieso ein Wunsch-dirwas-Programm.

(Zurufe von der LINKEN)

Am besten finde ich aber noch Ihre Verstaatlichungsnummer. Sie wollen Großbetriebe und große Energieversorgungsunternehmen verstaatlichen. Liebe CDU, unsere grün-rote Regierung in Baden-Württemberg hat das Erbe angetreten, das euer Stefan Mappus – unser ehemaliger Ministerpräsident – mit der verfassungswidrigen Teilverstaatlichung des Energieversorgungsunternehmens EnBW hinterlassen hat. Was haben wir jetzt davon? 1 Milliarde Steuergelder wurde aufgrund von Kursverlusten in den Sand gesetzt. Und die Linke redet von Verstaatlichung?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Gebt es dem Ackermann!)

Und die CDU hat noch nicht einmal eine vernünftige Positionierung zu dieser Politik, die Mappus dort betrieben hat.

- (B) (Christian Lange [Backnang] [SPD]: Da sehen wir einmal: Die CDU ist die neue Linkspartei!)

Wir brauchen keine Staatsgläubigkeit in dem Sinne, wie die Linke uns das vorschlägt. Es waren die demokratisch gewählten Landesväter, die sich mit ihren Landesbanken kräftig verzockt haben. Was war denn mit der WestLB? Was ist denn mit der Sachsen LB? Was ist denn mit der Bayern LB?

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Und die Sparkassen?)

Staatsbanken sind doch nicht die Lösung. Was wir brauchen,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Sind Sparkassen!)

ist Bankenregulierung. Was wir brauchen, ist die Finanztransaktionsteuer. Was wir brauchen, ist das Trennbankensystem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Sparkassen brauchen wir! – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Genossenschaftsbanken!)

Das sind die Lösungen, die wir entwickeln müssen. Die soziale Marktwirtschaft muss nicht sozialistisch werden, aber sie muss wieder sozial werden.

- (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Zurufe von der LINKEN) (C)

Sie muss auch grün werden, meine Damen und Herren.

Die Union darf sich derzeit nicht rühmen, Vertreter der sozialen Marktwirtschaft zu sein; denn ihre Vertreter vergessen das Soziale.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das wüsste ich aber!)

Sie lassen mit der jüngsten Instrumentenreform Langzeitarbeitslose im Regen stehen. Sie streichen das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sie haben Hartz IV eingeführt!)

Sie stehen beim Mindestlohn auf der Bremse. Sie müssen in sich gehen, sich prüfen und dafür sorgen, dass die soziale Marktwirtschaft wieder sozial wird, dass entsprechende Angebote für die Menschen in diesem Land gemacht werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen keinen Systemwechsel,

(Zurufe von der LINKEN)

aber wir brauchen einen Politikwechsel.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Bis auf die letzte Passage war das ganz ordentlich!) (D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Ulrich Lange für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der FDP: Wo ist denn eigentlich der Steinbrück?)

Ulrich Lange (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst einen Satz zur SPD sagen: Herr Barthel, wenn Sie meinen, es sei besonders klug und besonders effekthascherisch, hier nur mit einem Redner aufzutreten, so zeigt dies nur eines: Sie wissen nicht, wo Sie in dieser Debatte stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben Angst,

(Klaus Barthel [SPD]: Ausgerechnet vor Ihnen!)

zu sagen, wohin Sie wollen. Ich sage nur: Ypsilanti, Nordrhein-Westfalen, Berlin, zumindest bis vor kurzem: Rot-Rot.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sie vergessen Brandenburg, Herr Kollege!)

Ulrich Lange

- (A) Zeigen Sie, wo Ihr Weg ist, dann können Sie sich wirklich an dieser Debatte beteiligen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Momentan fliehen Sie vor Angst, und nicht, weil Sie diese Debatte für überflüssig erachten.

(Klaus Barthel [SPD]: Können Sie uns erklären, was das mit dem demokratischen Sozialismus zu tun hat? – Weitere Zurufe von der SPD und von der Linken)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei, Sie haben Ihr Lafontaine'sches Manifest nach dem Motto „Marx ist Muss“ – man könnte auch sagen: „Marx ist Murks“ – verabschiedet. Vorwärts in die Vergangenheit!

Liebe Kollegin von den Grünen: Dem ersten Teil Ihrer Rede zolle ich durchaus Respekt. Dann haben Sie leider stark nachgelassen.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere:

Die Partei richtet ihr Augenmerk besonders darauf, den demokratischen Zentralismus zu stärken,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Was?)

indem die zentrale staatliche Leitung und Planung mit der schöpferischen Aktivität der Werktätigen ... wirkungsvoll verbunden wird.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Das ist falsch!)

- (B) Die demokratische Teilnahme der Werktätigen an der Produktion ...

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Was ist das für ein Programm? – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Aha!)

– Richtig: „Aha!“. Das ist nämlich das SED-Programm von 1976.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das heißt übersetzt: Die Linke kämpft für die Veränderung der Eigentumsverhältnisse.

(Karin Binder [DIE LINKE]: Ja! Dafür kämpfen wir!)

Im Programm heißt es: „Wir wollen eine radikale Erneuerung der Demokratie“, „Übernahme von Betrieben durch Beschäftigte“, „realen Einfluss auf betriebliche Entscheidungen“.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Liebich, jetzt wissen Sie, warum Sie der Verfassungsschutz auch in Zukunft beobachten muss: In unserem Grundgesetz ist das Eigentum nämlich garantiert. Dazu stehen wir; das wollen wir.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Harald Weinberg [DIE LINKE]: Ihr seid so tief gesunken! – Zuruf von der LINKEN: Toller Redner!)

Ein paar Worte zur Parteienfinanzierung. Decken Sie endlich Ihr SED-Vermögen auf! (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der LINKEN: Das gibt es schon lange nicht mehr!)

Sie schreiben nicht nur das Programm der SED ab; auch Ihr Geld kommt daher. Geben Sie es endlich den Bürgerinnen und Bürgern zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Was ist mit dem Vermögen der Bauernpartei und dem der Ost-CDU! – Weiterer Zuruf des Abg. Harald Weinberg [DIE LINKE])

Ihr Programm ist Jobvernichtung;

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Genau!)

darüber haben wir im Ausschuss für Arbeit und Soziales mehrfach diskutiert.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Aber ihr habt noch lange nicht recht damit!)

Ihr Programm ist kalte Enteignung.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ach!)

Ihr Programm des politischen Streiks steht der Sozialpartnerschaft entgegen. Die Sozialpartnerschaft hat unser Land stark gemacht; das wollen Sie für eine Ideologie zerstören, und zwar bewusst.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Karin Binder [DIE LINKE]: Wo ist denn die Sozialpartnerschaft bei Minijobs, Leiharbeit und all diesen prekären Beschäftigungsverhältnissen?) (D)

Rückwärtsgewandter Sozialismus, Debatte über den Fraktionsvorsitz für die Urenkelin Rosa Luxemburgs: Wissen Sie eigentlich nicht, wo Sie sind? Sie sind hier noch nicht angekommen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Lesen bildet!)

– Ludwig Erhard lesen bildet: *Wohlstand für Alle*.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dieses Land hat wie kein anderes in Europa den Bürgerinnen und Bürgern Wohlstand gebracht, und das mit der Idee von Ludwig Erhard, mit der Idee der CDU/CSU, mit der christlichen Soziallehre,

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Damit habt ihr geschafft, Armut zu schaffen! Armut für alle!)

mit einer sozialen Marktwirtschaft, mit genügend Liberalität und genügend Leitplanken. Das hat uns stark gemacht. Daran wollen wir festhalten.

(Karin Binder [DIE LINKE]: Daran wollen Sie festhalten!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, ich bin mir sicher angesichts dieser Debatte: Mit Ihrem Grund-

Ulrich Lange

- (A) satzprogramm werden Sie die Menschen nicht überzeugen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Sie wollten die Debatte! Das ist nicht unsere Debatte!)

Die Menschen sind nicht so dumm. Sie haben einen Teil Deutschlands schon einmal vor die Mauer gefahren.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!)

Die Menschen haben kein Interesse, diesen wirtschaftspolitischen Dilettantismus ein zweites Mal zu erleben. Deswegen setzen wir auf die soziale Marktwirtschaft und nicht, wie es die *Süddeutsche* umschreibt, auf „Sozialismus minus Stasi“. Mehr haben Sie leider nicht zu bieten.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Harald Weinberg [DIE LINKE]: Weder christlich noch sozial!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Heinz-Peter Haustein für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Heinz-Peter Haustein (FDP):

- (B) Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.

(Heiterkeit der Abg. Christian Lange [Backnang] [SPD] und Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber 1989 war es vorbei. Die Menschen haben mit ihren Füßen in Plauen und Olbernhau, in Dresden und Leipzig abgestimmt. Heute, 22 Jahre später, denke ich, ein Schwein pfeift:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Die Linken kommen mit einem Programm, das praktisch diese DDR wieder hervorzaubern will.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Das ist doch Unsinn! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

– Das behaupten Sie.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Lesen Sie es nach! Es steht sogar drin!)

Sie sagen: Wir wollen nicht die DDR wiederhaben. Aber jeder kennt den Satz:

Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.

Euch glauben wir nichts.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Schwer zu argu-

mentieren, wenn Sie sagen, Sie glauben uns nicht!) (C)

Der demokratische Sozialismus ist ein Widerspruch in sich selbst.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Denn die Grundlage eures Parteiprogramms ist das *Kommunistische Manifest* von 1848. Darin steht als Leitsatz

(Karin Binder [DIE LINKE]: Ein Gespenst geht um!)

die Diktatur des Proletariats. Ich will einmal vorlesen, was das ist – ich zitiere –:

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Nein!)

... die Diktatur des Proletariats beinhaltete auch reale Elemente einer Diktatur, deklariert als „notwendige Maßnahmen“ zum Schutz vor Restitutionsversuchen des Kapitalismus.

(Zurufe von der LINKEN)

Das ist also die Diktatur des Proletariats.

Die Linken geben in Ergänzung aber auch noch etwas anderes von sich; ich wollte es euch ersparen, aber die Leute müssen ja einmal erfahren, welche Ideologie dort vorherrscht.

(Zurufe von der LINKEN)

Zum „Marxistischen Forum“ steht da zum Beispiel:

Ziel des Marxistischen Forums ist natürlich, die kapitalistische Gesellschaft zu überwinden. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf von der CDU/CSU: Da klatschen die auch noch! Unverschämtheit!)

Sie wollen also unser System, unsere soziale Marktwirtschaft abschaffen. Unvorstellbar!

Und die Linke sagt weiter:

Wir wollen die Bühne des Parlamentarismus für den Kampf ... nutzen,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: „Nutzen“ steht nicht in unserem Programm!)

aber uns nicht der Illusion hingeben, dass dort der zentrale Raum für reale Veränderungen sei ... Nur die außerparlamentarische Bewegung kann reale Veränderungen herbeiführen.

Das sagen die.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das steht nicht in unserem Programm!)

Vielleicht noch ein paar Worte zur DDR, weil ich dort leben musste: in 108 000 km², umringt von Stacheldraht, hier in Berlin von einer Mauer. Wenn du raus wolltest, wurdest du erschossen oder nach Bautzen ins Zuchthaus gesteckt. Das ist real existierender Sozialismus.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zurufe von der LINKEN)

Heinz-Peter Hausteин

- (A) Die DDR war praktisch von vorne bis hinten eine Mangelwirtschaft. Du musstest dich für Bananen anstellen, wenn es welche gegeben hat.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Und dann hast du nur so viele bekommen, wie du Kinder hattest: Hattest du zwei Kinder, hast du zwei Bananen gekriegt. Dann bist du vom Konsum zur HO gerannt, um noch zwei Bananen zu ergattern.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das ist ja wirklich sozial! – Zuruf von der LINKEN: Heute muss man sich bei der Tafel anstellen!)

Auf Autos – das wurde schon gesagt – musste man 12 bis 15 Jahre warten. Das muss man sich einmal vorstellen.

Wie sah es denn mit dem Eigentum aus? Erst habt ihr den Bauern in den 60er-Jahren die Felder und Kühe weggenommen und dann 1972 sämtliche Betriebe verstaatlicht.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Unser Programm geht in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit! – Zuruf von der FDP: Ach, es war doch so schön in der DDR!)

Ihr habt den Leuten einfach das Eigentum weggenommen und einen sozialistischen Betriebsleiter eingesetzt – ohne Entschädigung. Man muss sich das einmal vorstellen. So gingen die mit dem Eigentum um! Und das wollen die bei uns auch wieder so machen. Man muss den Leuten sagen, was die hier wollen!

(B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Quatsch! Blödsinn!)

Ich möchte den Leuten, Ihnen bzw. euch zusammengefasst noch einmal klarmachen: Das ist rückwärts gewandte Politik! Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass man heute – 2011 – so etwas noch einmal anzettelt.

(Zurufe von der LINKEN)

Aber dabei nutzen sie unsere Demokratie natürlich aus. Umgekehrt wäre es ja gar nicht möglich gewesen; denn in der Volkskammer der DDR hätte doch jeder Angst gehabt, einen solchen Antrag zu stellen. Dann wäre er sofort weg gewesen.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Aber ihr habt eben diese parlamentarische Plattform und könnt euch hier etablieren und den Leuten Sand in die Augen streuen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unerträglich! – Zurufe von der LINKEN)

Dieses düstere Bild, das in eurem Programm gezeichnet wird, das bedrückt uns hier.

Vielleicht noch einmal zum Geld. In der DDR gab es ja auch eine Währung, die Ostmark. Das war Blechgeld, nicht konvertierbar, und deshalb gab es auch noch Tausch und Handel. Man hat also Räuchermännchen und Nuss-

knacker gegen Trabantreifen getauscht und Trabantreifen gegen grüne Gurken. Das war ein Tauschhandel. (C)

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ja, so steht es in unserem Programm! Genauso steht es drin! Räuchermännchen lassen wir uns nicht nehmen! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Thema verfehlt! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

Zum Schluss zur Wertigkeit des Geldes, um das düstere Bild etwas abzumildern: Ein Freund von mir war in Ungarn und hat dort mit Ostmark bezahlen wollen, weil die Forint nicht gelangt haben. Da sagte der Ungar: Du kannst legen Geld auf Fensterbrett, nimmt nicht mal der Wind!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

In diesem Sinne ein herzliches Glückauf aus dem Erzgebirge.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE] beginnt, zu singen)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Wenn ich mich recht entsinne, sind wir in einer Debatte. Insofern bitte ich darum, das Singen an eine andere Stelle zu verlagern.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Entschuldigung!)

(D)

Kollege Dr. Georg Nüßlein hat für die Unionsfraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Ich bin dem Kollegen Hausteин ausgesprochen dankbar dafür, dass er so authentisch beschrieben hat, was Sozialismus heißt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Räuchermännchen!)

Das kann natürlich jemand, der das Glück hatte, im Westen auf die Welt zu kommen, nicht so authentisch tun. Ich war immer der Meinung, dass die Entscheidung ein für alle Mal getroffen ist: Die Menschen aus Ostdeutschland haben sich gegen die Mauer,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Jawohl! Genau!)

gegen den Schießbefehl, gegen Stacheldraht, gegen das Sozialismusmodell, das Sie nach wie vor propagieren, und für die soziale Marktwirtschaft entschieden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Alexander Süßmair [DIE LINKE]: Unsinn! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

Dr. Georg Nüßlein

(A) Ich hätte mir gewünscht, dass Sie es wenigstens übers Herz bringen, sich gegenüber dem abzugrenzen, was in der DDR seinerzeit geschehen ist.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Haben Sie überhaupt zugehört?)

Kollege Liebich hat sich in der Tat verbal bemüht. Sie hätten Ihren Kolleginnen und Kollegen allerdings sagen müssen, sie sollen nicht an der falschen Stelle klatschen und schreien.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das ist unter Ihrem Niveau!)

Sie haben an der falschen Stelle geklatscht. Sie haben es nicht geschafft, sich von der DDR zu distanzieren, weder hier in irgendeiner Art und Weise noch in Ihrem unsäglichen Parteiprogramm.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Steht alles hier drin! – Weiterer Zuruf von der LINKEN: Lesen Sie unser Programm!)

Das belastet mich aber gar nicht so sehr, weil ich von Ihnen nicht mehr erwartet habe.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Aber wir erwarten von Ihnen mehr!)

Von der SPD hätte ich zumindest erwartet, dass sie sich von der Linken abgrenzt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B) Stattdessen reklamiert Kollege Barthel für sich und die SPD den demokratischen Sozialismus. Was für ein unsäglicher Widerspruch!

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das steht seit dem 19. Jahrhundert im Parteiprogramm der SPD!)

Es ist unglaublich, was da passiert. Ich kann mir nur vorstellen, dass sich das im Rahmen des Streits um den Kanzlerkandidaten abspielt und Sie nicht wissen, wo Sie hinlaufen wollen. Ich bitte Sie inständig: Laufen Sie nicht weiter nach links. Das wäre eine Katastrophe für unser Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Beruhigen Sie sich einmal!)

Ich will nicht einzelne Teile Ihres Programms aufgreifen, weil ich gesehen habe, wie schnell einem da ein unparlamentarischer Begriff herausrutscht, und ich kann für mich nicht ausschließen, dass mir das passieren würde.

(Zuruf von der LINKEN: Wir auch nicht!)

Die Rattenfängermanier, die Sie mit Ihren Heilsversprechen an den Tag legen, ist schon bemerkenswert.

(Zuruf des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Ich hoffe, dass Sie sich am Ende des Tages nicht in den Dingen, die Sie besprechen, verfangen.

Lassen Sie mich etwas zu dem bereits angemerkten Widerspruch von Demokratie und Sozialismus sagen. (C)

(Karin Binder [DIE LINKE]: Wieso Widerspruch?)

Demokratie heißt: Volkswirtschaft, freie Wahlen, Mehrheitsprinzip,

(Beifall bei der LINKEN)

Gewaltenteilung, Schutz der Grundrechte, übrigens auch des Rechts auf Eigentum. Sozialismus ist schon schwieriger zu definieren. Der Soziologe Werner Sombart hat bereits im Jahr 1920 260 Definitionen dazu gefunden. Ich nehme an, dass noch ein paar weitere dazugekommen sind. Deswegen muss ich mir jetzt erschließen, wie Sie es vermutlich definieren.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das steht alles im Programm!)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit festhalten: Sie sind ganz unstrittig die Rechtsnachfolger der SED.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Heinz-Peter Hausteil [FDP])

Das haben Sie nie infrage gestellt. Das ist ganz klar. Wenn Sie es anders hätten machen wollen, hätten Sie separat eine Partei gründen können. Stattdessen haben Sie es vorgezogen, lediglich die Namen zur Tarnung immer wieder ein bisschen anzupassen. Das hängt natürlich damit zusammen, was der Kollege Lange angesprochen hat, nämlich dass Sie nicht des Vermögens der SED verlustig gehen wollten. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der LINKEN – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Was ist mit der Ost-CDU?)

Damit hängt es zusammen, dass Sie sich aus juristischen Gründen nicht davon distanzieren können. Vermutlich tun Sie es auch inhaltlich nicht.

Die Sozialismusdefinition der SED war unstrittig eine marxistisch-leninistische,

(Zuruf von der LINKEN: Genau!)

und zwar in dem Sinne, dass der Sozialismus eine Entwicklungsphase im Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist. Kommunismus heißt – das ist heute bereits leise angeklungen –: Diktatur des Proletariats.

(Zurufe von Abgeordneten der LINKEN)

Erklären Sie mir einmal, wie Sie Diktatur und Demokratie zusammenbringen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich könnte noch eine Definition von Diktatur anführen: keine freien Wahlen, höchstens manipuliert, Herrschaft einer Gruppe, die unumschränkt herrscht, keine Pressefreiheit, keine Menschen- und Bürgerrechte und Unfreiheit in allen Bereichen. Vielleicht erinnert Sie das wenigstens an etwas, nämlich an die DDR.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das steht doch drin, dass wir das nicht wollen!)

Dr. Georg Nüßlein

- (A) Deshalb bitte ich um ein bisschen mehr Kleinmut. Führen Sie sich an dieser Stelle nicht so auf! Demokratischer Sozialismus? Das sind geröstete Schneebälle!

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Politikprofessor werden Sie jedenfalls nicht!)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Als Nächste spricht in unserer Aktuellen Stunde für die Fraktion der CDU/CSU unsere Kollegin Nadine Schön. Bitte schön, Frau Kollegin Nadine Schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kennen Sie das Privathaus von Oskar Lafontaine? Im Saarland wird die von Mauern umgebene Villa im Volksmund „Palast der sozialen Gerechtigkeit“ genannt.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Aber die mögen ihn! 20-Prozent-Partei dort!)

Kennen Sie das Auto von Klaus Ernst? Es muss bei Anhängern der Linken doch Eindruck machen, wenn der Vorsitzende mit dem Porsche vorfährt.

- (B) (Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schneller zum Kommunismus!)

Kennen Sie das Lieblingssessen von Sahra Wagenknecht? Richtig, es ist Hummer. Das ist etwas ganz Edles, man muss ihn sich aber leisten können.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU – Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Und dazu Kaviar! – Zurufe von der LINKEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei, sieht so die Gleichheit aus, die Ihrer Meinung nach zu Freiheit führt?

Am letzten Wochenende haben Sie mal wieder die Systemfrage gestellt. Freiheit durch Gleichheit; Sozialismus statt Kapitalismus – das sind die Kernforderungen im neuen Grundsatzprogramm. Sie unterliegen dabei aber einigen Denkfehlern: Erstens leben wir nicht im Kapitalismus.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der LINKEN: Doch!)

Unsere Wirtschaftsordnung in Deutschland ist die soziale Marktwirtschaft und eben nicht der Kapitalismus. Soziale Marktwirtschaft bedeutet, dass wirtschaftliche Vernunft und sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft zusammengehören. In der sozialen Marktwirtschaft heißt es gerade nicht: „Wenn jeder an sich selbst denkt, dann ist an alle gedacht“; im Gegenteil: Vom gemeinsamen Wohlstand sollen auch diejenigen profitieren, die schwach, krank oder bedürftig sind.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

(C)

Das bedeutet „sozial“ in der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Wohlstand, der verteilt werden soll, muss aber auch erwirtschaftet werden. Sie wollen ihn verteilen, ohne ihn zu erwirtschaften.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dass das nicht funktioniert, das muss Ihnen, liebe Kollegen, doch spätestens angesichts der zahlreichen Fälle von Staatsverschuldung in den vergangenen Monaten deutlich geworden sein.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Das ist doch kein Sozialismus! Das ist Kapitalismus!)

Ein fürsorgender, starker Staat, wie ihn beispielsweise Griechenland hatte, kann auf Dauer nur bestehen, wenn er von einem starken wirtschaftlichen Fundament getragen wird. 30-Stunden-Woche, Verstaatlichung der Betriebe und Rente mit 60: Das alles erinnert an Griechenland.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Wir haben doch keinen Sozialismus in Griechenland!)

Das führt zu Staatsverschuldung und führt uns in die nächste Krise, bringt aber ganz sicher keinen Wohlstand.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von der LINKEN)

- Ihr zweiter Trugschluss: Die Probleme, die wir derzeit haben, sind nicht im System begründet. (D)

(Karin Binder [DIE LINKE]: Nein? Wo denn?)

Die soziale Marktwirtschaft ist nicht das Problem. Sie ist die Lösung des Problems.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die soziale Marktwirtschaft sieht Regulierungen vor. Die soziale Marktwirtschaft verlangt einen Ordnungsrahmen, der das Gleichgewicht herstellt zwischen ökonomischer Effizienz und Wettbewerb auf der einen Seite und sozialer Gerechtigkeit auf der anderen Seite. Auswüchse wie die, die wir derzeit auf den internationalen Kapitalmärkten beobachten, widersprechen diesem System. Das ist Turbokapitalismus ohne Ordnungsrahmen. Das widerspricht der sozialen Marktwirtschaft. Es pervertiert sie sogar.

(Zurufe von der LINKEN)

– Ich würde Ihnen empfehlen, einmal zuzuhören und sich mit der sozialen Marktwirtschaft zu beschäftigen, statt ständig dazwischenzuschreien.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sahra Wagenknecht hat ein ganzes Buch darüber geschrieben! – Gegenruf des Abg. Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Aber ein falsches Buch! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

Nadine Schön (St. Wendel)

- (A) Deshalb ist es richtig, dass wir auf europäischer Ebene und weltweit unsere Vorstellung von einer sozialen Marktwirtschaft wieder stärker durchsetzen. Es ist richtig, dass wir wieder stärker regulieren und diese Auswüchse eindämmen. Was wir brauchen, ist ein Ordnungssystem, das sicherstellt, dass am Ende nicht Reichtum für wenige, sondern Wohlstand für alle steht.

(Zuruf von der LINKEN: Was? Für alle?)

– Herr Präsident, es fällt mir unheimlich schwer, hier zu reden, wenn ständig dazwischengeschrien wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie der Abg. Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe dem Redner der Linken eben zugehört. Es ist ein Gebot der Höflichkeit, dass man anderen zuhört. Dieses Gebot existiert in der Ideologie der Linken wahrscheinlich nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Die hätten in der Volkskammer schreien können!)

In Ihrer Ideologie existieren auch Toleranz und Respekt nicht. Man hört anderen auch einmal zu und respektiert andere Meinungen.

(Karin Binder [DIE LINKE]: Tun Sie das etwa?)

Dass Sie das nicht tun, konnte man daran feststellen, wie nach Ihrem Parteitag mit den Kollegen umgegangen wurde, die gegen das Programm gestimmt oder sich enthalten haben. Ich empfehle einen Blick in den Blog unserer Kollegin Halina Wawzyniak.

- (B) (Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: So viel zum Thema Demokratie! – Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da habe ich auch hineingeschaut!)

Die Kollegin hatte am Wochenende die Traute, sich bei der Abstimmung über das Programm zu enthalten, weil sie der Meinung ist, dass es „Freiheit durch Gleichheit“ nicht gibt, dass es „Freiheit und Gleichheit“ heißen müsste. Schauen Sie sich einmal an, welche Kommentare in diesem Blog geschrieben werden, wie im Internet über diese Kollegin hergezogen wird. Es fallen Worte wie „Rücktritt“.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Dann können Sie ja gleich das Internet verbieten! Das muss verboten werden!)

– Was muss verboten werden? Das Internet?

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Junge Frau, das Internet müssen Sie verbieten!)

– Das ist einmal eine gute Idee. – In diesem Blog wird von denunziatorischem Verhalten gesprochen, dort wird mit einer Abstrafung beim nächsten Parteitag gedroht.

Vizepräsident Eduard Oswald:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU): (C)

Dort werden Rücktrittsforderungen nur wegen einer Enthaltung laut. Die einzige Antwort, die Sie haben, ist, dass das Internet verboten werden sollte. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Sie müssen zum Schluss kommen, Frau Kollegin.

Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Entlarvend ist auch, wie man in der Partei mit Mitgliedern umgeht, die eine andere Meinung haben.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Bloß keine Meinungsfreiheit! – Zurufe von der LINKEN)

Im vergangenen Jahr hat beispielsweise die saarländische Linke einen Maulkorbparagrafen verabschiedet. Es wird verboten, sich in der Öffentlichkeit negativ über die Partei zu äußern.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ronald Pofalla!)

Hier sieht man im Kleinen, zu was es führt, wenn alle die gleiche Meinung haben müssen.

Vizepräsident Eduard Oswald:

Sie haben mir eben etwas versprochen.

- (D)

Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU):

Ich weiß nicht, wie sich diejenigen fühlen, die in Ihrer Partei nicht ihre eigene Meinung äußern dürfen.

Meine Conclusio ist: Freiheit durch Gleichheit, das ist nicht möglich. Der beste Beweis dafür sind Sie selbst.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Frau Kollegin Nadine Schön war die letzte Rednerin in unserer Aktuellen Stunde, die hiermit beendet ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 a und b auf:

- a) – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz – BKiSchG)**

– Drucksache 17/6256 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

– Drucksache 17/7522 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Michaela Noll

Marlene Rupprecht (Tuchenbach)